



Agenda 2010 für Profit? Nein!

Das Wirtschaftssystem in Deutschland steckt in einer tiefen Krise. Die Arbeitslosigkeit ist im Jahr 2003 offiziell um etwa 400.000 Personen gestiegen. Das erschüttert die Finanzen der Sozialversicherungen und des Staates. So geht es nicht mehr weiter. Es muss radikale Veränderungen geben. Fragt sich nur, ob die Veränderungen zu Lasten der Arbeitslosen und der Beschäftigten gehen sollen.

Agenda 2010 für Profit

- Die Regierung hat die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und ab 1.1.2005 durch ein „Arbeitslosengeld II“ ersetzt, das unterhalb des jetzigen Sozialhilfeniveaus liegt. Da jede legale Arbeit zumutbar ist, sind ab dann für etwa 2 1/2 Millionen Arbeitslose untertarifliche Löhne und Löhne auch unterhalb des Alg II zumutbar. Das ist ein massiver Angriff auf das Tarifsysteem. Ergebnis: Mehr Druck auf die Löhne - mehr Profit.
- Die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für über 45-Jährige wird verkürzt (3,8 Mrd. Euro Minderausgaben). Damit sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden. Ergebnis: Geringere Arbeitgeberbeiträge - mehr Profit. Die Abschaffung des Arbeitgeberbeitrags für das Krankengeld und den Zahnersatz bringt weitere 8,5 Mrd. Euro mehr Profit, den Lohnabhängigen dagegen Lohnsenkungen.
- Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe verlieren die ArbeitslosenhilfebezieherInnen 3,6 Mrd. Euro. Damit wird

die Senkung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener von 48,5% auf 45% voll finanziert. Die Vorstände der Banken und Konzerne danken für die Spende der Arbeitslosen.

Der Zweck der Agenda 2010 besteht ausschließlich darin, Arbeitslose, RentnerInnen und Beschäftigte abzukassieren. Alle Lasten der Krise werden auf uns abgewälzt. Mit Kürzungen bei uns sollen **Profite subventioniert** werden.

Das Märchen von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Um die Lohnabhängigen für dumm zu verkaufen, wird das Märchen vom Profit und dem Allgemeinwohl erzählt. Kürzungen bei Arbeitslosen und Lohnabhängigen sowie Gewinnsteuersenkungen seien notwendig, *„damit in unserer Volkswirtschaft wieder mehr in Beschäftigung investiert wird... Das ist die zentrale Herausforderung.“* (Joschka Fischer in FR 07.05.2003)

Die Unternehmen haben also zu wenig Geld zum Investieren und müssen es sich z.B. bei Arbeitslosen holen? Uns kommen Tränen der Rührung.

- Von 1991 bis 2001 haben allein die Industrieunternehmen in Deutschland rd. 580 Mrd. Euro investiert. Die Beschäftigtenzahl sank um 2,5 Mio. oder um fast 30%. Die Arbeitslosigkeit stieg. Investitionen sind für das Kapital das wichtigste Mittel, immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos zu machen.
- Da alle Unternehmen in Konkurrenz zueinander möglichst viel mit möglichst wenig Leuten produzieren, wird immer wieder mehr produziert, als gekauft werden kann. So erzeugen sie mit Hilfe von Investitionen riesige Überkapazitäten. So entstand auch die jetzige Überproduktionskrise.
- Es gibt keinen Mangel an Kapital, sondern riesige Überschüsse. Die Anleger wissen kaum, wohin mit dem Geld. Dutzende Milliarden an überschüssigem Kapital wurden und werden in Aktienanlagen und in riskanten Kreditgeschäften verzockt, fließen ins Ausland oder dienen dazu, dass der eine den anderen aufkauft.
- Die Steuerreform brachte den Kapitalgesellschaften seit 2001 rd. 50 Mrd. Euro zusätzliche Profite. Auch das sollte angeblich Investitionen anregen und der "erste Schritt" zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein (Regierungserklärung 1998). Aber die Investitionen sanken seitdem und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die Kapitalgesellschaften legten die Steuersubventionen des Staates im Ausland an, weil dort die Renditen höher waren. (nach Hans Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten, München 2003, 321) Genauso sahen sie auch mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 nur ab. Profitvermehrung wird als Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit, als Förderung von Investitionen und Wachstum vermarktet. In Wirklichkeit ist die Förderung der Profite Selbstzweck.

Was unserer Meinung nach zu tun ist

Diejenigen, die aus Profitinteresse Arbeitslosigkeit und Krisen verursachen, sollen für die Folgen ihres Handelns aufkommen, nicht die Arbeitslosen und Beschäftigten.

- Die Steuerreform hat den angegebenen Zweck, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, völlig verfehlt. Die Gewinnsteuersenkungen sind rückgängig zu machen, ebenso die Senkungen des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden. Das und nicht die Enteignung des Einkommens und "Vermögens" von Arbeitslosen steht für uns auf der Agenda.
- Die Sozialversicherungen müssen zu Lasten der Privatversicherungen eine wesentlich breitere finanzielle Basis bekommen. Das und nicht der langsame Abriss der Sozialversicherung und ihre Verlagerung auf Privatversicherungen steht auf unserer Agenda.
- Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist notwendig. Die rasch gestiegene Produktivität macht es möglich. Die Produktivität muss denen zugute kommen, die sie erzeugen. Das steht auf unserer Agenda, nicht Arbeitszeitverlängerung.

Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

c/o Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG SHI)

Moselstr. 25, 60329 Frankfurt am Main, Fon: 0 69 - 27 22 08 96, Fax 0 69 - 27 22 08 97

e-mail: bagshi-frankfurt@web.de

Treffen des Rhein-Main-Bündnisses:

Jeden ersten Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Frankfurt.